Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 37. V. BAND 1. Oktober 1916.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Nr. 37. 1. Oktober 1916.

POLNISCHE BLÄTTER

Der polnisch-russische Gegensatz und die Forderung des Tages.

Dreierlei Gegensätze hat die Geschichte im Laufe der Jahrhunderte zwischen Polen und Russland geschaffen: sie sind kultureller, nationaler und staatlicher Natur. Jedermann, der einigermassen in der praktischen Völkerpsychologie bewandert ist, kennt gut den Unterschied zwischen dem polnischen geistigen Typus, der alle Entwicklungsphasen des Abendlandes miterlebt hat, und dem russischen. Diese entgegengesetzten Kulturtypen gerieten schon im 14. Jahrhundert als Nachbarn in unüberwindliche Kämpfe wegen ihrer Grenzländer; die unersättliche Raubgier der Russen dem Westen gegenüber, stösst immer wieder auf den Widerstand der Polen, die es nie zugeben werden, dass Lemberg, Chełm, Wilno „urrussische“ Städte und als solche dem Zarenreiche ein für allemal einzuordnen sind. Der polnische Individualismus, Jahrhunderte lang durch den eigenen Staat verteidigt und genährt, wurde nicht abgeschwächt, als das harte Schicksal seine äussere Form vernichtet und zu einem Zusammenleben mit Russland verurteilt hat. Der tiefgehende Gegensatz liess sich keineswegs überbrücken. Zweimal im Laufe des 19. Jahrhunderts waren Proben eines polnisch-russischen Nebeneinanderlebens auf Grund eines nach russischen Begriffen weitgehenden staatsrechtlichen Entgegenkommens angestellt: Kongresspolen war 1815—1830 ein autonomer Staat, durch eine Real-Union mit Russland verbunden; im Jahre 1863 erhielt das Land eine weitgehende Autonomie; die Proben nahmen aber ein klägliches Ende. Die Tradition einer eigenen Staatlichkeit, der feste Wille

dieselbe aufzurichten, machten all die russischen unehrlichen Halbheiten zunichte.

Gegenwärtig erleben wir dasselbe Schauspiel, das insofern der Tragik entbehrt, als es gottlob rein theoretischer Natur ist, nachdem Russland durch die siegreichen Zentralmächte aus Polen vertrieben, nur auf dem Papier über dessen Schicksale entscheiden kann. Russland verspricht den Polen eine weitgehende politisch-kulturelle Autonomie, die aber von den dortigen Polen abgelehnt wird mit der Motivierung, dass die Polenfrage eine internationale, nicht eine innerrussische Angelegenheit und auf Basis der polnischen Staatlichkeit, wenn möglich ganz unabhängig vom Russenreiche zu lösen sei.

Es war ein echt byzantinischer Gedankenkunstgriff seitens des Generalissimus Nikolai Nikolajewitsch, als er nach Ausbruch des Krieges an die Polen einen schwungvollen Aufruf erliess, in dem die Verwirklichung der heiligsten Träume ihrer Väter und Vorfahren versprochen wurde, aber in derart unklaren, vieldeutigen und verfänglichen Worten, dass jeder Pole sich darunter alles vorstellen konnte, was ihm die erregte Phantasie eingab. Und da die Zentralmächte ihrerseits kein Polenprogramm aufstellten, liess sich ein Teil der Polen von diesem Aufrufe betören . . .

Nun aber hat sich das Blatt der Geschichte gewendet. Im Laufe des Krieges ist die Bedeutung Polens als strategischen Kampfplatzes und Mittelpunktes eines Zwanzigmillionenvolkes ungeheuer gestiegen. Die Ententemächte erkannten die internationale Bedeutung dieses Landes, Russland musste sie ebenfalls anerkennen. Auch die dortigen Polen ermannten sich unterdessen, wohin sie die russische Schlauheit schier geführt hätte: zum Abtreten des Erstgeburtsrechts für ein Linsengericht. Die neuen Perspektiven, die die Zentralmächte dem Polenlande indirekt eröffneten, verfehlten nicht den grössten Eindruck zu machen. Und im „Nowoje Wremia“ vom

5. August ruft ein Pole den Russen zu: „Erinnert euch an die Blumen, die die Polen in Warschau im August 1914 euren Soldaten zugeworfen. Sie sind verwelkt! Und mit ihnen ist noch etwas anderes verwelkt: der Glaube!"

Unter dem Drucke der Entente-Mächte begann es in den russischen Staatskanzleien Projekte zur Lösung der Polenfrage zu regnen. Sasonow ist über sie gestürzt; sein Nachfolger, der Viceminister Kryżanowski und A. brüten über neuen (vgl. „Poln. Bl." Nr. 33). Rechts- und linksstehende Politiker werden nicht müde ihre Ideen zur Lösung dieser Frage, die nun alle Geister im Zarenreich beherrscht, vorzutragen; zu den bereits bekannten Entwürfen der Kadetten („Poln. Bl." Nr. 33) gesellt sich letzterzeit ein Projekt des Nationalistenführers, Dumaabgeordneten Czichaczew, welches jetzt im russischen Hauptquartier studiert wird, und in einer weitgehenden, der Realunion ähnlichen Autonomie gipfelt (mit Zollgrenze und gemeinsamen Delegationen der polnischen und russischen Volksvertretung zur Behandlung der gemeinsamen Staatsangelegenheiten), ferner des bekannten Duma-Abg. Schulgin, der in manchen Zugeständnissen an die Polen noch weiter geht. Der Ausgangspunkt all dieser Polenbeglücker ist der Charakter der polnischen Frage, als einer innerrussischen (mit Ausnahme der „Regulierung" der Westgrenze, fügen manche hinzu) Angelegenheit, die von der Duma und dem Reichsrat geregelt werden soll, ferner das Dogma, dass Polen eine russische Provinz sei.

Alle uns bekannten polnischen Stimmen nehmen diesen Ideen gegenüber eine ablehnende Haltung ein. Die Kadetten und ihre Freunde, z. B. der bekannte Ex-Revolutionär Burzew, werden gar unsanft abgeschüttelt. Der Pole Lednicki, berühmter Redner der ersten Duma, lässt in seinem Moskauer Organ „Echo Polskie" (Nr. 33 vom 27. August) erklären, dass diejenigen Polen, die bisher mit den fortschrittlichen Elementen Russlands Hand in Hand gingen, über die

merkwürdig leichtsinnige Stellung der letzteren in der Polenfrage Groll und Besorgnis empfinden. Das „Echo Polskie“ protestiert gegen die Meinung Burzews, als ob „der heilige Traum unserer Väter und Vorfahren nicht die Unabhängigkeit, sondern die Abhängigkeit Polens gewesen wäre, und als ob die polnischen Insurgenten für den Anschluss von ganz Polen an Russland gekämpft hätten“ ... Ein anderer Pole, Prof. Baudouin de Courtenay, ebenfalls gew. Mitglied der Kadettenpartei, schreibt im russischen „Dień“ vom 4. September: „Die Polenfrage kann nicht die innere Angelegenheit eines Staates sein, sei es nur deshalb, weil in dem Namen Polen, Länder inbegriffen sind, die einigen Staaten angehören. Dies ist also eine internationale, eigentlich eine internationale und interstaatliche Frage“. Mit anderen Worten: Wir wollen nicht unser Schicksal von Russland abhängig machen. Das schreibt offen der gew. Duma-Abg. Dymsza in einem Briefe an Milukow: „Wir Polen wünschen nur das eine: überlasst uns die Freiheit des Handelns und die Unabhängigkeit und wir werden unser Schicksal selbst gestalten“. Der Commisvoyageur des russischen Liberalismus, Herr Milukow, der neulich wieder in Zürich und in Genf, in Paris und in Stockholm seine „Ideale“ betreffs Polens und der Demokratie vorgetragen hat, vergass wohlweislich mitzuteilen, wie die Polen über dieselben denken, und dass die erste Pflicht der Demokratie dahin geht, einem Volke sein Selbstbestimmungsrecht zu überlassen.

„Überlasst uns die Freiheit des Handelns und die Unabhängigkeit!“ das ist das Leitmotiv der in Russland lebenden Polen. Darum hat auch das vom Grafen Wielopolski im Namen der polnischen Duma- und Reichsratsfraktion (die zusammen sechs Stimmen zählen) ausgearbeitete Autonomie-Programm (Poln. Bl. Nr. 32) keinen Anklang unter den Polen gefunden. Herr Erasmus Piltz, der sein ganzes Leben der Sysyphus-Arbeit einer polnisch-russischen Aussöhnung widmete, erklärt

nun feierlich in mehreren Zeitschriften, dass er den Standpunkt der polnischen Staatlichkeit (nicht der Autonomie) und des internationalen Charakters der Polenfrage (die also keine innerrussische ist) einnimmt. „Was wollen wir?“ fragt unter obigem Titel der „Dziennik Kijowski“ und antwortet:

„Wir müssen solche Bedingungen innerer Unabhängigkeit erlangen, dass sie eine allseitige Entfaltung polnischer wirtschaftlicher, kultureller und nationaler Kräfte von unserem eigenen Willen und geistigen Fähigkeiten abhängig machen, unter Ausschliessung schädlicher Elemente oder unberufener abseits stehender Mentoren“ . . .

„Wir wollen frei über unser Land und unseren Geist walten. Denn nur unter solchen Bedingungen uneingeschränkter Unabhängigkeit wird Polen fähig sein, seine Pflicht gegen sich selbst und gegen andere zu erfüllen.“

Der „Dziennik Kijowski“ erscheint in Kieff; Petersburger polnische Zeitungen führen eine noch offenere Sprache. Die Russen behaupten, sie werden Polen zurückerobern — um es dem Eigentümer, dem polnischen Volke, zurückzugeben! verlangen die Polen. „Nowoje Wremia“ tut natürlich über diese Zumutung ganz empört und spricht die sorgenvolle „Befürchtung“ aus, dass das befreite Polen keinen Solon, keinen Lykurg aufweisen kann, um entsprechend regiert zu werden. Darauf entgegnet „Kuryer Nowy“ vom 16. September, dass es in der Behandlung Polens nur ein aut-aut gibt, da die Logik des „Nowoje Wremia“ zum System der alten „Polenfresser“ führt; Russland kennt übrigens Präzedenzfälle, wo es Länder befreite, um sie den rechtmässigen Besitzern zu überlassen (Ungarn 1848, Bulgarien). Letztere Bemerkung ist übrigens nicht gar so wörtlich zu nehmen, wie es aus dem nachfolgenden Schluss des Aufsatzes hervorgeht:

„Nowoje Wremia versucht über das Thema von Lykurg und Solon zu ironisieren, welche über Nacht in dem befreiten Polen auftauchen würden. Wir sind so

frei zu behaupten, dass es in Polen nicht an ordentlichen Menschen mangelt, an Verwaltern, die blindlings das Gesetz befolgen, mit Abscheu unehrliche Einkommen betrachten; darauf müsse man bei uns wahrlich nicht erst Jahrzehnte warten. Es geht nämlich auf dieser Welt ganz verkehrt zu: in manchem Lande gibt es ehrliche und begabte Menschen, die mit gutem Erfolg auf den verantwortlichsten Stellen ihren Mitbürgern dienen könnten, finden aber kein Betätigungsgebiet, während anderswo — nach den Worten des unsterblichen Gogols — nur der Staatsanwalt ein ehrlicher Mann ist, und auch er ist ein Schurke".

— „Die Polen brauchen nicht, dass man ihnen den Weg weise, da sie selbst imstande sind, ihn zu finden!" ruft der „Kuryer Nowy„ (17. Septbr.) den russischen Vormunden zu. Und sie haben ihn bereits gefunden. Auch die überwältigende Majorität derjenigen, die in den ersten Kriegsmonaten sich von den russischen Blendwerken irreleiten liessen, — sind jetzt in ihren Bestrebungen einig und solidarisch.

Wir verwahren uns daher gegen die letzten Auslassungen des Herrn Professor Hötzsch, der in der „Kreuzzeitung" (Nr. 493 v. 27. Septbr.) schreibt: „Soweit Polen dazu das Wort nehmen (über die polnische Frage in Russland), zeigt sich nur immer wieder, was die sorgfältigste Verfolgung der gesamten politischen Erörterungen des Polentums in Preussen, Russland und Oesterreich und in der Diaspora mit aller Bestimmtheit ergibt, dass nämlich auch heute noch eine Einheitlichkeit der p o s i t i v e n Zukunftswünsche, ein einheitliches Gesamtprogramm im Polentum nicht vorhanden ist". Wir haben oben a u s s c h l i e s s l i c h nur unter russischer Zensur erscheinende Blätter angeführt: andere, oder vertrauliche Publikationen nachzudrucken, verbieten uns begreifliche Gründe. Doch das kann auch jetzt festgestellt werden: die überwiegende Mehrheit der Polen ist in ihren Zukunftswünschen einig und solidarisch — insofern unsere Gegner nicht in den Fehler

verfallen, den sie den ehemaligen polnischen Reichstagen vorhalten: Einmütigkeit, die übrigens keine Nation aufweisen kann — just von der geteilten polnischen zu verlangen. Und diese Wünsche der in Russland lebenden Polen sind in der Hauptsache identisch mit denjenigen, die die bekannten Warschauer Kundgebungen, die letzte Kundgebung in Piotrków, die Aktion des Obersten Polnischen Nationalkomitees an den Tag legten — und die neulich in dem offenen Schreiben des Abg. Parczewski ihren Ausdruck gefunden haben.

Nun handelt es sich um Mittel und Wege zur Verwirklichung dieser Wünsche; auf diesem Gebiete gehen hie und da die Meinungen auseinander, doch auch nicht dermassen, wie es unseren Gegnern darzustellen beliebt. Unlängst hat bekanntlich die russische Regierung eine Denkschrift veröffentlicht, in der behauptet wird, dass in einer Lausanner Konferenz „unter dem Druck der Anhänger der österreichisch-deutschen Orientierung Dmowski sich einverstanden erklärt hat, unter den russischen Polen im Interesse der österreichisch-deutschen Orientierung zu wirken". Die Petersburger Freunde des Herrn Dmowski haben gegen diese „Beschuldigung" Protest eingelegt, ohne damit die russische Angst um die Haltung der Polen zu verscheuchen. Ein Petersburger polnisches Blatt wurde neulich wegen seiner Tendenz eingestellt; einem andern wird in Erinnerung gebracht, dass es in Petersburg, nicht in Warschau erscheint. Die Haltung der Duma-Abgeordneten Łempicki und Parczewski, die in Warschau wacker an der Seite der Zentralmächte für die Unabhängigkeit des Vaterlandes arbeiten, ist für Russland ein Greuel. Dies sind nur Präludien zur Stimmung, die durch die Gerüchte über die Lösung der Polenfrage durch die Zentralmächte, ausgelöst wurde. „Die Formel eines unabhängigen polnischen Staates, von Deutschland ausgesprochen, kann unter gewissen Umständen einen bestimmten und für uns ungünstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung Polens sowie der neutralen Staaten ausüben . . . Es

wäre unsererseits ein grosser politischer Fehler, diesem deutschen Plan nicht durch eine Gegenaktion zuvorzukommen“ (Russk. Wied 9. u. 12. Aug.). Dieser Angstschrei wird in mehreren russischen Zeitungen wiederholt, und Herr Hervé in Paris beschwört die Polen mit dem ihm eigenen Pathos, das Geschenk der Zentralmächte nicht anzunehmen*).

Die Russen und ihre Ententefreunde wissen es ganz gut, dass nur die Zentralmächte imstande sind die Polenfrage in der von den Polen gewünschten Unabhängigkeitsform zu lösen. Den Grund hiefür hat Herr Milukow in einem von der „Neuen Züricher Ztg.“ veröffentlichtem Interview ausdrücklich eingestanden. Russland ist ein Nationalitätenstaat, bisher auf strammer Zentralisation und Hegemonie des grossrussischen Elementes aufgebaut; sollten nun die Polen ihre Staatlichkeit erlangen, so würden in der nächsten Zukunft auch die Finnländer, die Kaukasier, die Litauer danach verlangen — und das künstliche, nur mit Blut und Eisen zusammengeschweisste Gebäude müsste einstürzen. Deutschland ist dagegen ein nationaler Staat und will es bleiben, Oesterreich hat längst die förderative Form anerkannt — nur von ihnen kann also Polen alles erhoffen, nur mit ihnen zusammengehen. Daher die Angst Russlands und seiner Freunde. Daher auch ihre Angst vor jeder Form der polnischen Staatlichkeit, selbst unter Russlands Schutz. „Von dem Schatten einer russischen Vormundschaft befreit — fürchtet J. Loudurier de Chassaigne (Augustheft der „Fortnightly Review“) würde ein selbständiges Polen seine Unabhängigkeit auch gegen Russland zu verteidigen und zu erweitern suchen.“

Ergeht denn nicht aus obigen Auslassungen klar und deutlich die Forderung des Tages?

„Die Polen selbst wissen, dass s i e nicht ihr Ge-

---

*) Vergl. die sehr instruktiven Aufsätze: „Das russisch-polnische Misstrauen“ von S. v. Vegesack, im „Tag“ vom 22. und 23. Septbr., ferner: „Die russische Angst in Polen“ von Dr. Rohrbach im „Fränkischen Courier“, Nürnberg, vom 20. Septbr.

schick bestimmen können, das auf den Schlachtfeldern entschieden wird. Und wir haben ebenfalls keine Eile es bereits heute festzulegen." Das behauptet Herr Prof. Hoetzsch — dem widerspricht aber die Wirklichkeit und die politische Einsicht. Gewiss wird das Geschick Polens auf den Schlachtfeldern entschieden werden, aber die Polen wissen es eben, dass sie dies Geschick mitzubestimmen imstande sind: daher die Umbildung der Legionen in ein „Polnisches Hilfskorps", daher der polnische Aktivismus, dessen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Nichts verfehlteres aber, als die Folgerung: wir haben keine Eile. Wir dagegen sind überzeugt, dass die Staatslenker der Verbündeten gute Psychologen sind, die die Volksstimmungen und die polnische latente Kraft richtig einzuschätzen wissen. Wir erachten den gegenwärtigen Augenblick des polnisch-russischen Gegensatzes zum Eingreifen der Zentralmächte durch ein entscheidendes Machtwort für äusserst aktuell. Die Zeit drängt . . . Die russische Angst, die Stimmung der Polen in Russland, die Verfassung der Gemüter in beiden Okkupationsgebieten: dies sind die besten Wegweiser — zur Erfüllung der Forderung des Tages, und nicht nur des Tages.

Offenes Schreiben an den Grafen Zygmunt Wielopolski.

(„Nowa Gazeta", Warschau, vom 24. Sept. 1916 Nr. 436.)

Vor einigen Monaten gelangten nach Warschau durch Vermittelung der Presse Nachrichten über Aeusserungen betreffs der Polenfrage, die Ihrerseits, Herr Graf, sowie seitens des Abg. Milukow während der Parlamentsreise der Abgeordneten der Reichsduma und des Staatsrates nach England und Frankreich gemacht worden sind. In diesen Aeusserungen wurde — nach dem Gelesenen zu urteilen — die Lösungsformel der polnischen Frage in einem Autonomieprogramm im Vereine

mit dem russischen Reiche ausgedrückt. Ueber die Aeusserungen des Herrn Milukow könnte man in dieser Beziehung zur Tagesordnung übergehen. Allerdings erklärte ich noch während meines Petersburger Aufenthalts im November 1914 dem Führer der Kadetten — und nicht nur ihm allein —, dass „der Traum unserer Väter und Grossväter“ nicht die Erlangung einer Selbstverwaltung oder Autonomie, sondern die Wiedererlangung der Unabhängigkeit unseres Vaterlandes war, und dass lediglich eine solche und keine andere Lösung der Polenfrage eine gerechte, dauernde und unseren Bestrebungen und dem Interesse Europas entsprechende sein wird. Dass aber Abg. Milukow seinen eigenen, vom Jahre 1905 datierenden Plan der Lösung der Polenfrage besitzt und von ihm trotz der Ereignisse nicht ablassen will oder kann — kann ich ihm als Russen nicht verübeln, auch hätte ich es nicht nötig gehabt, lediglich aus diesem Grunde meine abweichende Meinung zu äussern. Anders verhählt es sich mit der Aeusserung, die Sie, Herr Graf, in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des Staatsrates und somit eines Vertreters des Grossgrundbesitzes in Polen gemacht haben, zumal wir jüngst von neuen, ganz von demselben Geiste getragenen Auslassungen gehört haben, mit denen Sie, Herr Graf, diesmal auf russischem Boden hervorgetreten sind.

Als polnischer Abgeordnete, der viermal mit dem Vertrauen seines Wahlbezirkes, der ca. $1^1/_2$ Millionen Seelen zählt, beehrt wurde, erachte ich es für meine nationale Pflicht, das Wort infolge oben erwähnter Auslassungen zu ergreifen und folgende Erklärung abzugeben:

Zunächst ist es erforderlich, eine allgemeine, aber wesentliche Bemerkung in Erinnerung zu bringen. Die Autonomie als Lösungsformel des Verhältnisses einer bestimmten Nation zu dem regierenden Staat, der sie unterjocht hat oder auf andere Weise seinem Bestand angliederte, ist im 20 Jahrhundert, im Zeitalter starker Entwicklung nationaler Einheiten und Nichtanerkennung

jeglicher Papierdokumente, von sehr zweifelhaftem Werte. Eine reale und dauerhafte Bedeutung kann sie lediglich bei besonders günstiger Gestaltung der positiven Kräfte beanspruchen, wenn der regierende Staat kein zu grosses Uebergewicht über die autonome Nation besitzt oder wenn in diesem Staate eine bedeutende Zahl zur Autonomie berechtigter und befähigter nationaler Einheiten sich befindet. Wo es keine ähnliche Kräfteverteilung gibt und die herrschende Staatlichkeit in quantitativer und territorialer Beziehung die autonome Nation weit übersteigt, ist die Autonomie von vornherein zu Reibungen, beständiger Einschränkungssucht und schliesslich zur völligen Erdrückung verurteit. Die höchsten und vollkommensten Autonomie-Formen und sogar eine Realunion sind bei ungünstiger Verteilung der Kräfte zwischen dem Staate und dem ihm unterliegenden Volke in Wirklichkeit stets ein Gegenstand der Uebergriffe von oben. Die Geschichte Finnlands und der ihm aufgeworfenen allgemeinstaatlicher Gesetzgebungen ist ein beredter Beleg dafür, wie wenig man auf politisch-rechtliche Garantien, wenn ihnen keine positiven, auf realen Kräfteverhältnissen basierenden Garantien entsprechen, vertrauen kann. Dieses so frische und naheliegende Beispiel sollten Sie, Herr Graf, in Erwägung ziehen und im Gedächtnis bewahren.

Abgesehen von diesen Voraussetzungen allgemeiner Natur, entspricht eine Autonomie, wenn auch von höchster Vollkommenheit, und sogar eine Realunion als Lösungsformel der polnisch-russischen Frage, keineswegs den grundsätzlichen Bestrebungen unseres Volkes. Seit der schweren politischen Katastrophe, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts über uns herangebrochen ist, seit dem Augenblicke des Verlustes unseres staatlichen Daseins, war und bleibt die historische Bestrebung des polnischen Volkes die Wiedererlangung der Unabhängigkeit unseres Vaterlandes. Dieses Streben war das Ziel der nationalen Arbeit und Anstrengung, die Inspiration der polnischen Poesie, sie war die leitende Idee

aller Bemühungen und Waffenkämpfe im Laufe der ganzen Periode nach den Teilungen, seit der Dąbrowski-Legion in Italien bis zu den heldenhaften Piłsudski-Legionen. Diese Bestrebungen drückte die Nation aus, so oft die geschichtlichen Umstände es zuliessen. Sie tat dies auch im gegenwärtigen Momente: in der feierlichen Deklaration der Warschauer Stadtverordnetenversammlung, in den Volksversammlungen und in patriotischen Massenkundgebungen bei nationalen Jahresfeiern. Vielleicht haben die Nachrichten, wie Warschau im gegenwärtigen Augenblick seine Bestrebungen ausgedrückt hat, Sie Herr Graf, nicht erreicht, allein die wesentliche Aspiration der Nation werden Sie wohl empfinden und verstehen. Das Wahrnehmen des Pulsschlages der Geschichte und die Kenntnis der historischen Ereignisse genügen vollauf, um jeden zu überzeugen, dass die Nationen, die ein staatliches Leben geführt haben, ihre staatlichen Ueberlieferungen und Bestrebungen nie vergessen können. Es sind dies Bestrebungen und Gesetze, die sich nicht überleben. Die Bulgaren waren mehrere Jahrhunderte lang gezwungen, unter fremder Herrschaft zu leben. Zur Zeit der Vernichtung der bulgarischen Unabhängigkeit, was bereits im Mittelalter stattgefunden hat, war die Kulturstufe der Nation, wiewohl höher als diejenige anderer Slaven orthodoxen Bekenntnisses, jedoch schon wegen der Zeitdistanz der polnischen Kultur gegen Ende des 18. Jahrhunderts bei weitem unterlegen. Die von Europa vergessenen und lange ignorierten Bulgaren haben jedoch ihre Staatsbestrebungen nicht aufgegeben, und als sie ihre Staatlichkeit im 19. Jahrhundert wiedererlangten, bauten sie denselben in knappen 50 Jahren zu einer Macht aus, die schwer auf der Wagschale der gegenwärtigen Geschehnisse lastet. Irland büsste noch früher als Bulgarien sein staatliches Leben ein, erlebte viele Jahrhunderte wüster Unterdrückung und die Mehrzahl der Bevölkerung verlernte sogar die Muttersprache. Dass trotzdem die Bestrebungen zum Wiederaufbau des Staates fortleben,

beweist der jüngste Revolutionsausbruch in Dublin. Das ist eine ungemein lehrreiche Episode, die jeder Politiker in Erwägung ziehen müsste.

Ebenso dürfte jedem Politiker bekannt sein. dass das Streben nach Wiederherstellung des polnischen Staates unser oberstes Ziel ist. Und nicht nur diese unsere grundsätzliche Bestrebung dürfte der Ausgangspunkt diesbezüglicher Betrachtungen sein — es muss zugleich der gegenwärtige allgemein-politische Augenblick berücksichtigt werden. In diesem Moment ist die russisch-polnische Frage aus dem Stadium einer inneren russischen Angelegenheit hervorgetreten und wurde in der politischen Wirklichkeit das, was sie des öfteren im 19. Jahrhundert gewesen, und was sie im Grunde nie aufgehört hat zu sein. Sie erlangte wieder ihre internationale Bedeutung. Auf dem Boden Europas und sogar ausserhalb Europas spielen sich schwerwiegende Ereignisse ab. Es naht die grosse Stunde der Entscheidungen. Im grossen Umfange der weltgeschichtlichen Probleme tritt die Polenfrage, die durch den Lauf der Ereignisse und die Macht der geschichtlichen Notwendigkeit die Lösung erfordert, auf die Tagesordnung hervor. Dass unsere Frage in der selben Phase, in der sie eben bis nun war, verblieb, war ein uns, und nicht uns allein, zugefügtes Unrecht. Eine der Ursachen, das in den unlängst und gegenwärtig sich abspielenden Ereignissen es viele Verwicklungen gab und viel Blut vergossen wurde, war u. a. das Nichtvorhandensein eines unabhängigen Polen, war der Stand der polnischen Grenzen vom Jahre 1914. Heute endlich ist die Zeit für unsere Frage, für die polnische Frage reif. Und nicht in der russischen Reichsduma, noch im Staatsrate ist Raum für ihre Lösung. Diese Lösung liegt nicht nur in unserem Interesse, vielmehr ist sie eng mit dem ganzen Umfang der Aufgaben und den Verschiebungen auf der europäischen Karte verknüpft, die infolge des Weltkrieges zwecks Sicherung eines langen Friedens in Zukunft erfolgen müssen und auch erfolgen werden. Der pol-

nische Politiker muss im gegenwärtigen Moment kühnen Auges in ferne weltgeschichtliche Horizonte blicken. Es geht nicht an, mit dem Gedanken und der ihm entspringenden Tat in die Tage des russischen Sturmes revolutionären Anstrichs vom Jahre 1905 zurückzukehren. Ich möchte nicht die Hoffnung aufgeben, dass Sie, Herr Graf, in Ihrem Hervortreten und Ausserungen, sollten die fernerhin erfolgen, es vermeiden werden, sich in Gegensatz zum Streben der polnischen Nation nach ihrer Unabhängigkeit zu stellen. In dieser Hoffnung zeichne ich

Hochachtungvoll
Alfons Parczewski,
Abgeordneter des Kalischer Landes.

Warschau, im September 1916.

Neue Russen-Literatur.

„Die russische Gefahr“, so ist höchst bezeichnender Weise ein neues, von dem bekannten Publizisten und Kolonialschriftsteller Paul Rohrbach geleitetes Sammelwerk von „Beiträgen und Urkunden zur Zeitgeschichte“, betitelt (1916, Stuttgart, Engelhorn).

Wo sind die Zeiten, da „die turmhohe Freundschaft mit Russland“ das traditionelle Fundament jeder preussischen Politik bildete? Ebenso für immer dahin, wie der Glaube an „die englische Blutsverwandschaft“, an den Einfluss deutscher Fürsten oder Fürstinnen in fremden Ländern (Rumänien, Griechenland), oder das Vertrauen auf Bündnisse und feierliche Verträge und persönliche Einflüsse; diese zerfallen in Nichts gegen wirkliche oder vermeintliche nationale Interessen. Nur diese entscheiden, alles andere täuscht — gerade im Augenblicke höchster Gefahr. Um sich davon nicht überrumpeln zu lassen, ist es eben nötig, sich über diese eigenen und fremden dauernden Interessen völlig klar zu werden, sich keinerlei Illusionen darüber hinzugeben.

Diese Lehren predigt eindringlich Rohrbach, auch in einer besonderen Schrift („Woher kam der Krieg? Wohin führt er?“, Weimar 1916, in der Serie „Schriften der deutschen Politik“), die förmlich den Auftakt zu jener Sammlung abgibt. In dieser Sammlung soll auch im 4. Heft Rohrbach über „Russische Kriegsziele nach russischen Quellen“ handeln, auf Grund jener Publikation russischer liberaler Kreise (Milukov u. a), die in den „Polnischen Blättern“ vor einem Jahre besprochen worden ist, die heute wieder, wie bei ihrem erstmaligen Erscheinen Anfang 1915 infolge der neuen russischen Waffenerfolge in Wolhynien und Galizien - Bukowina wie des Auftretens neuer Mitläufer der Russen, Anspruch auf Aktualität erheben kann, da sie von der Voraussetzung des russischen Sieges ausgeht. Wir allerdings wünschen und hoffen: mit demselben schliesslichen Erfolg, wie ihn 1915 der Durchbruch von Gorlice gezeitigt hat.

Gegenüber allen Versuchen, den Bruch zwischen Deutschland und Russland nur als eine vorübergehende Störung und Trübung der beiderseitigen guten Beziehungen, die nach dem Kriege von selbst in ihre alte, bewährte, für beide Teile gewinnbringende Lage zurückkehren werden, darzustellen, predigen die Schriften Rohrbachs und seiner Gesinnungsgenossen das direkt Entgegengesetzte, stellen das Auseinanderklaffen deutscher und russischer Interessen für immer blos. „Das Endziel Russlands“ (von Axel Schmidt, mit einem ökonomisch-politischen Kapitel von G. Hermann) ist der Besitz Konstantinopels und der Meerengen; erreicht Russland dieses sein Endziel, so ist es für immer aus mit einer grossen deutschen Zukunft, wie dies Rohrbach in einem besonderen Vorwort auch zu dieser Schrift ausführt. „Unentbehrlich ist das Bündnis zwischen Mitteleuropa und dem Orient, als Gegengewicht gegen die englische Uebermacht in der Nordsee“, aber Russland in Konstantinopel zerschneidet dieses Bündnis radikal, daher muss Deutschland den Russen im Osten

so schwächen, dass es ihm unmöglich wird, Herr der Meerengen zu werden, dass er sich dort mit einer blossen Friedenssicherheit begnüge, die ihn auch sonst zu einer Friedenspolitik zwingen muss — diese wird jedoch Russland solange nicht einschlagen, so lange es im Besitz seiner heutigen, dauernd zur Offensive gegen den Westen einladenden Grenzen ist. Daher muss hier sein Gebiet und seine Volksmasse verkleinert, Mitteleuropa gegen russische Angriffe dauernd gesichert werden — ein Ziel, das zu predigen die „Polnischen Blätter“ nicht müde werden.

Axel Schmidt gibt nun eine Uebersicht der Meerengengeschichte, des Dranges Russlands dorthin, der Etappen, auf denen es sich klug, energisch, konsequent diesem Ziele seit Jahrhunderten nähert, wie es diese seine historische, politische und ökonomische Notwendigkeit durchsetzt, wie nach Abwerfen des Deckmantels religiöser und nationaler Interessen, des angeblichen Verteidigens der orthodoxen Brudervölker heute ausschliesslich die ökonomischen Interessen, vor allem das Verlegen des wirtschaftlichen Schwerpunktes Russlands aus Norden und Mitte nach dem Süden, nach dem fruchtbaren Weizenboden gebieterisch verlangt, damit endlich Russland alleiniger unbeschränkter Herr der „Schlüssel zu seinem Hause“ werde, damit nicht sein Absatz, auf dem allein das Gleichgewicht seines Budgets aufgebaut sein kann, jeden Augenblick durch die Türkei oder sonst wen gesperrt und unterbrochen werden könnte. Im Grunde genommen ist diese Schrift nur eine Paraphrase des bekannten Briefes von Prof. Mitrofanov in den Preussischen Jahrbüchern, mit dem notwendigen historischen und nationalökonomischen Kommentar, den Mitrofanov als bekannt voraussetzte, mit Einzelheiten, die darüber hinausreichen, z. B. mit der Forderung, dass nach dem Kriege wenigstens Deutschlands Industrie nicht Russland beispringe, es ausrüste, wie sie das vor dem Kriege tat. Auch sie betont weiter, dass Russland „erst mit dem Verlust der Ukraine vom Piedestal als

Weltmacht gestürzt werden würde“ — vorläufig nur ein schöner Traum oder ein frommer Wunsch, leider nichts mehr.

Die zweite Schrift „Russlands Ländergier“, von Richard Pohle, ist in einem noch viel höheren Grade absichtliche Paraphrase russischer Schriften, um Zeugen aus dem gegnerischen Lager selbst zu Worte kommen zu lassen. Es sind dies zwei Schriften des bekannten Generals Kuropatkin selbst, die eine u. d. T. „Russlands militärische Macht“, Petersburg 1915, ein stark gekürzter Druck der Denkschrift Kuropatkins an den Zaren und seine Minister vom Jahre 1900, die andere, sie ergänzende, Kuropatkins Denkwürdigkeiten über den russisch-japanischen Krieg. In beiden bespricht Kuropatkin offen Russlands Aufgabe für das zwanzigste Jahrhundert: den ehernen Mittelbau Europas zu zerschellen und zugleich die beiden Eckpfeiler auf dem Balkan und im skandinavischen Norden umzuwerfen. Als Leitsatz russischer Politik ergibt sich nämlich: die Sicherheit der Grenzen neu eroberter Länder erfordert die Erobernng der nunmehr benachbarten Gebiete, und dies wird im einzelnen erläutert. Darauf folgt von S. 39 ff. die sinngemässe, gekürzte Uebersetzung der drei ersten Kapitel jener Denkschrift über die Zunahme der Wehrkraft Russlands und der Westmächte in historischer Folge seit der Neuzeit bis heute, namentlich über das gegenseitige Stärkeverhältnis auf dem europäischen und auf dem türkischen Kriegstheater sowie eine Aufzählung der Leistungen der russischen Armeen während des 18. und 19. Jahrhunderts. Kuropatkin führt eine sehr offene Sprache, so konstatiert er, dass in Russlands Grenzgebieten mehr als 40 Millionen Menschen leben, die nicht Russen sind — „es ist dringend nötig, dass alle diese Völker mit jedem neuen Jahre des 20. Jahrhunderts immer mehr mit der kernrussischen Bevölkeruug verschmelzen, dass das gewaltige Russland für sie dieselbe teure Heimat bedeutet, wie für den kernrussischen Stamm“. Zu diesem Programme muss sich, wenn

er aufrichtig sein will, der russische Imperialismus bekennen und Imperialisten sind heute gerade die Liberalen und Radikalen, die Milukow und Gutschkow, die Vertreter der Intelligenz, wie die Träger des Wirtschaftslebens, wie dies Rohrbach in seinem Vorwort zu dieser Schrift betont, wo er auch die bekannte Ansprache Kuropatkins an Dorpater Studenten vom Jahre 1910 erwähnt, da der General über den nächsten Krieg, der anders als der japanische populär werden würde, zu den erstaunten Hörern sich äusserte; er hebt ausserdem die Wichtigkeit der Bauernreform Stolypins zur Erhöhung russischer Schlagfertigkeit sowie die Absicht der Regierung (noch vor dem Kriege!) 300.000 russische Bauern auf ihren baltischen Domänen anzusiedeln, nachdrücklich hervor.

In jener oben erwähnten Schrift („Woher kam der Krieg“ usw.) führt Rohrbach aus, wie Russland den Krieg gewollt und erzielt hat, wie es die österreichische Depesche, die die Bereitwilligkeit zu Unterhandlungen erklärte, unterschlug, dadurch in Paris den Umschwung der kriegsfeindlichen Stimmung hervorrief, da es sich jetzt den Anschein geben konnte, als wäre es der angegriffene Teil. Er erläutert auch, warum Russland den Krieg beschleunigte — weil es die Teilnahme Englands nicht verscherzen wollte, das zu friedlicher Auseinandersetzung mit Deutschland bereit zu sein schien. Alle die genannten Schriften sind natürlich keine objektive historische Darstellungen, sondern Parteischriften tendenziösester Art, aber äusserst wirksam und aufklärend, aufs schärfste diejenigen bekämpfend, die an die Möglichkeit eines Ausgleiches mit Russland noch immer denken und darum heben wir sie in den Polnischen Blättern, die die Rohrbach'schen Ziele voll billigen, hervor.

Zwei andere Schriften bedeuten förmlich den gedruckten Kommentar zu jenen Reden, die auf dem Kongress der unterdrückten Völkerschaften in Lausanne gehalten worden sind. Die Polnischen Blätter haben

über den Verlauf dieses Kongresses seinerzeit berichtet; er erinnerte stark an Bileam im alten Testament, denn er war berufen, um gegen die Zentralmächte Zeugnis abzulegen und entpuppte sich, dank zumal dem polnischen Eingreifen, als schärfste Anklage — Russlands! Die eine dieser Schriften stammt von H. v. Revelstein: „Die Not der Fremdvölker unter dem russischen Joche: Finnland, die Ostseeprovinzen, Litauen und Polen, die Ukraine und Weissrussland, Bessarabien, der Kaukasus" (Berlin 1916, Verlag von Georg Reimer). Der Verfasser, selbst ein Balte, zählt S. 95 die von ihm benutzte Literatur auf; am eingehendsten, auf Grund bisher nicht veröffentlichten Materials, erzählt er die Verfolgung Finnlands. Seine Einzeldarstellungen sind nicht frei von historischen Irrtümern, falschen Angaben, unbeglaubigten Anekdoten, aber das ganze ist so flott vorgetragen, dass es seinen Zweck, populär zu belehren, dem Deutschen die Augen zu öffnen, was für einen liebenswürdigen Nachbar er neben sich zu sitzen hat, vollkommen erfüllt. Besonders lehrreich sind die Angaben über die Verfolgung des katholischen Klerus in Litauen und Polen; was diesem zugemutet, was diesem als Vergehen angerechnet wird, dafür werden die drastischesten Belege angeführt und der Leser bekommt Respekt vor dieser „organisierten Anarchie," wie Herr Dmowski kurz und treffend die russische Regierung in diesen Ländern bezeichnet hat. A. Brückner.

(Schluss folgt).

Die wirtschaftliche Zukunft Polens.

Das Mitglied des wirtschaftspolitischen Büros des in Berlin erscheinenden „Industrie-Kuriers" Dr. Heinz Göbel hatte Gelegenheit, sich mit einer in Berlin weilenden hochangesehenen und führenden Persönlichkeit Polens eingehend über die wirtschaftspolitischen Aufgaben und Entwicklungsmöglichkeiten Polens zu unterhalten. Hier die wichtigsten Stellen dieser Unterredung.

Wir Polen haben vor allem das lebhafteste Interesse daran, der leider weitverbreiteten Auffassung ent-

gegenzutreten, dass wir in unserer wirtschaftlichen Entwicklung in jedem Falle auf den russischen Markt angewiesen sind. Man geht sogar so weit, aus dieser angeblichen wirtschaftlichen Gebundenheit an die russischen Märkte heraus, auf eine Art unaustilgbaren wirtschaftlichen Russophilismus zu schliessen, und man glaubt hiermit, gegen uns operieren zu können. Tatsache ist aber, dass das polnische Wirtschaftsleben die russischen Märkte gar nicht benötigt und trotzdem dabei einen wohl sehr überraschenden Aufschwung nehmen wird. Wir haben zum Studium dieser Frage erhebliche Mittel aufgewandt und keine Mühe gescheut, den durch die völlig unrichtigen Aufzeichnungen der ehemalig russischen Verwaltung vielfach unklaren und entstellten Verhältnissen auf den Grund zu kommen. Dabei hat sich herausgestellt, dass das polnische Wirtschaftsleben sich ganz unabhängig von den russischen Märkten entwickeln kann.

So wurde festgestellt, dass sich in der für uns besonders auschlaggebenden Textilindustrie die Einfuhr aus und die Ausfuhr nach Russland ziemlich die Wage hielten. Und zwar so, dass Polen vermöge seiner besseren Arbeitskräfte nach Russland mehr Qualitätswaren ausführte, dagegen aus Russland mehr die besonders bei dem Bauernvolk beliebten Tücher bezog. Man darf erwarten, dass sich die polnische Textilindustrie diesen bedeutenden bäuerlichen Konsum in Zukunf selbst sichern kann, wobei ihr die im Kriege ganz erheblich gestiegene Kaufkraft dieser bäuerlichen Kreise die Aufgabe durch Konsum besserer Artikel wesentlich erleichtern wird. Auch Deutschland hat einfachere Textilartikel bisher aus England bezogen, und wenn die deutsche Textilindustrie nicht selbst in der Richtung vorgehen will, wird auch hier die polnische Industrie eingreifen und Ersatz für den russischen Markt finden können. Leicht wird diese Anpassung allerdings nicht sein, und die Industrie wird ganz erheblich in ihrer Organisation umgebaut werden müssen. Es kommt hinzu, dass die

Verbindung mit Russland bisher meist in der Art bestand, dass die polnische Fabrik zugleich eine Filiale in Russland besass, so dass man also zum mindesten die Verhältnisse ganz genau beurteilen konnte.

Aehnlich liegen die Dinge in der Eisenindustrie. Polen besass die Kohlen, Russland die Erze. Man transportierte die Erze und dann wieder das Eisen, machte also den Weg doppelt und verteuerte die Produktion. In Zukunft kann man sich auf diesem Gebiete wohl stärker an Oberschlesien anlehnen. Für die Metallindustrie hat Polen die benötigten Rohstoffe wie Kupfer, Zinn, ja selbst Silber vorrätig.

Diese Bodenschätze müssen allerdings erst zur Ingebrauchnahme erschlossen werden, doch wird man, auch hier in den ersten Jahren von Deutschland entsprechende Versorgung erwarten dürfen.

Es ist jedenfalls ein Vorurteil zu behaupten, dass Polen sich von russischen Abhängigkeiten nicht wird befreien und wirtschaftlich verselbständigen können. Wenn erst einmal der eigene Markt geschaffen ist und eine selbständige Produktion — und dazu muss man uns etwas Zeit lassen! — dann hoffen wir nicht nur selbständig und unabhängig von ausländischer Einfuhr oder vom Absatz unserer Pruduktion im Auslande leben zu können, wir hoffen vielmehr, weil wir doch von früher her die Verbindungen noch haben, den russischen Markt für uns neu gewinnen, teilweise auch erhalten zu können, gewissermassen als Zuschlag zu unseren nationalen Entwicklungsmöglichkeiten. Unser heimischer Markt wird Deutschland in seiner Aufnahmefähigkeit noch sehr überraschen, besonders in Artikeln, die wie Zucker oder Toilettebedarf, Luxusseifen und dergl. noch gewaltige Verbrauchssteigerungen zulassen. Das beruht darauf, dass vor allem unsere Landwirtschaft gut verdient und dass man bei uns seit fast drei Jahren nicht mehr richtig gekauft hat.

Die nationale Verselbständigung wird uns, was sicher viele Nichtkenner unseres Landes sehr überraschen

wird, auch auf finanziellem Gebiet leicht fallen. Weil das Vertrauen zu der russischen Regierung fehlte, und weil der Bauer an keinem richtigen Beispiele bisher sah, wie man Kapital produktiv arbeiten lassen kann, sind grosse finanzielle Quellen früher nicht nutzbar gemacht worden. Das wird man aber jetzt zu ändern wissen. Vor allem werden die beträchtlichen Summen, die man in englischen und anderen Banken deponiert hatte, jetzt wieder nach Polen zurückgeholt werden. Da Polen ein Land ist, wo (besonders in Russisch-Polen) reichlich Arbeitskräfte zur Verfügung, Schulden nicht abgetragen zu werden brauchen und Kredite leicht zu erhalten sind, darf man jedenfalls günstige Prognosen stellen. Da in der Montanindustrie vor dem Kriege schon belgisch-französisches Kapital, in den Kleineisenbahnen und in Elektrizitätswerken belgisches, im Telephonwesen sogar schwedisches Kapital arbeitete, wird sich deutsches Kapital diesen neuen Aufgaben doch wohl kaum verschliessen.

Das Budget der Staatshaushaltung ist schwer zu beurteilen Man hat hier, um Anhaltspunkte zu gewinnen, aus den russischen Aufstellungen ungefähr die Zahlen herausgezogen, die sich auf die zehn Gouvernements bezogen. Was damit in Wirklichkeit anzufangen ist, beweist wohl am besten die Entwicklung des Schuletats im Warschauer Budget, der jetzt schon von 380.000 Rubel auf 1,800.000 heraufgesetzt werden musste.

Die Tragfähigkeit der Handelsbilanz im Budget lässt sich auch noch nicht sicher beurteilen. Zunächst ist zu betonen, dass der bisherige deutsch-russische Handelsvertrag den polnischen Bedürfnissen sehr ungünstig war. —

Auf Grund der amtlichen Statistik hielten sich Landwirtschaft und Industrie in ihrer Bedeutung für das Land ungefähr die Wagschale. — Dass sich dieses Verhältnis in absehbarer Zeit zugunsten der Industrie ändern wird, ist höchst zweifelhaft, weil die Landwirt-

schaft schon in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht hat. Ja, es ist fast damit zu rechnen, dass die Landwirtschaft in den ersten Jahren eine stärkere Entwicklung als die Industrie nehmen wird. Dafür spricht auch die Tatsache, dass jetzt schon fast alle Wunden, die ihr im Kriege geschlagen wurden, mehr als verheilt sind, trotzdem man noch vor kurzem geglaubt hatte, dass mindesten 10—15 Jahre dazu nötig wären. Für die polnische Landwirtschaft kommen ganz sicher gute Jahre, wenngleich die ersten Jahre in der allgemeinen Entwicklung nicht gerade leicht sein werden. Für die Industrie kann, da bei ihr die Aussichten zweifelhafter sind, entsprechende Fürsorge getrieben werden. Bisher war das industrielle Leben sehr schlecht organisiert und unaufhörliche Krisen lähmten den Unternehmungsgeist. Da aber, wie erwähnt, eine ständig wachsende Kaufkraft schon seit drei Jahren in keiner Weise befriedigt werden konnte, darf auch die industrielle Entwicklung für den Anfang wenigsten auf starke Förderung rechnen.

Der Aufschwung des Wirtschaftslebens wird nicht ohne Rückwirkung auf die Ausgestaltung der Verkehrsstrassen zu Wasser und zu Lande bleiben. Zu Wasser hat vor allem Galizien schon viel vorgearbeitet. Ueberhaupt kann man sich die polnische Entwicklung ohne Galizien nicht vorstellen. Die Wasserstrassen-Bedeutung der Weichsel lässt es nicht zu, dass man die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit Polens und Galiziens über andere Dinge irgendwie vergessen dürfte. Wirtschaftlich gibt es jedenfalls für die beiden Gebiete nichts Trennendes. Hier öffnet sich für die Polen übrigens auch der Weg nach dem Balkan, wenn die guten Beziehungen zu den Ungarn erhalten bleiben. Interessant ist, dass sich für feinere Stoffe, Kunstgegenstände und ähnliche Artikel hier schon seit längerer Zeit ein Handelsweg nach der Levante hin über Bosnien, Türkei bis Persien entwickelt hat, der nur ausgebaut werden braucht. Als Zentrum hierfür darf zurzeit die Stadt Krakau an-

gesehen werden. Der polnische Markt hofft auch in dieser Richtung einen gewissen Ersatz für den russischen Markt finden zu können, wenngleich an einen eigentlichen Ausbau dieser Möglichkeiten erst in späteren Jahren gedacht werden kann.

Auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens wird es nur nötig sein, bei den zahlreichen deutschen Anschlussverbindungen besonders nach Ostpreussen und Schlesien hin anzuknüpfen. Dieser Ausbau wird sehr schnell durchgeführt sein. Im österreichischen Okkupationsgebiet ist er teilweise schon gemacht, während man im deutschen Okkupationsgebiet vor allem dem Ausbau vorzüglicher Strassen Beachtung geschenkt hat. Diese ungeheure Arbeit der deutschen Zivilverwaltung konnte hiermit einen grossen Teil der rein wirtschaftlichen Vorarbeiten sehr vorwegnehmen, weil die deutsche Strategie hieran ebenfalls ein sehr starkes Interesse nimmt. In diesem Ausbau des Verkehrswesens kommt jedoch zugleich auch die wichtige Aufgabe zum Ausdruck, die man deutscherseits Polen als Vermittler nach Russland hin zudenkt.

Begreiflich ist, und nicht erst besonders hervorgehoben zu werden braucht, dass diese gewaltigen Kulturleistungen auch eine starke Rückwirkung auf die deutsche Industrie ausüben werden. Im übrigen dürfte vor allem noch die deutsche Maschinen- und Werkzeugindustrie sowie die Industrie der bisher vornehmlich aus England und Amerika bezogenen landwirtschaftlichen Maschinen von dem Aufschwung des polnischen Wirtschaftslebens unmittelbar angeregt werden. Dagegen gilt dies nicht, wie man vielfach ganz unverständlich annimmt, von der Baumaterialienindustrie, da Polen über Holz, Zement, Ziegel, Steine und dergleichen selbst zur Genüge verfügen kann.

Im Mittelpunkt des polnischen Wirtschaftslebens wird nach wie vor Warschau stehen, das von jeher der Sitz der Agenturen gewesen ist. Man nimmt dagegen in Deutschland vielfach an, dass sich für gewisse Pro-

dukte, wie z. B. für Holz, eine Verlegung mehr nach Norden hin, also in die Gegend von Libau, ergeben könnte, und man befürchtet, dass die neuen Hafenanlagen von Bromberg und Thorn hierdurch erheblich geschädigt werden könnten. Das dürfte jedoch nicht zutreffen. Offensichtlich unterschätzt man hier in Deutschland die Bedeutung der Wasserstrasse des Njiemen, über den selbst der litauische Handel geführt werden dürfte.

Eine besondere Aufgabe stellt die Behandlung der Zollfragen. Hierüber lässt sich zurzeit nur sagen, dass man vermutlich noch einige Jahre lang die alte Regelung beibehalten und die gewohnten Verhältnisse nicht einfach durchschneiden wird. Dazu sind Handelsfragen doch viel zu kompliziert. Man wird sich also auf eine Art Uebergangsperiode einrichten.

Diese ganze Wirtschaftsentwicklung ist natürlich nur denkbar, wenn sich ein entsprechendes staatliches Leben bilden kann.

Der Krieg war gewiss eine schwere Schule für das Land. Doch er hat zugleich Leistungen ausgelöst, die uns Polen selbst erstaunt haben. Wir haben in der Zeit vom 2. bis zum 5. August vorigen Jahres eine polnische Miliz geschaffen, die in einem bis dahin von der Korruption und noch kurz zuvor von Banden beherrschten Lande und dazu noch ohne irgendwelche Waffe Bewunderungswürdiges geleistet hat und tadellos funktioniert. Zu dem inzwischen neu eingerichteten Gerichtswesen hat das Volk inzwischen volles Vertrauen gefunden. Freiwillige Bürgerkomitees haben sich der Kriegsfürsorge und Wohlfahrtspflege aufopfernd angenommen. Der Stolz des Volkes aber sind die auf seiten der Zentralmächte kämpfenden polnischen Legionen.

So darf man denn auf Grund von berechtigten Hoffnungen und von gesunden und kräftig entwickelten Vorbedingungen heute bereits voll Ungeduld darauf brennen, den Neuaufbau des Staats- und Wirtschaftslebens Polens endlich voll und ganz in die Hand nehmen

zu können. Herbei wird dann auch zugleich für die Ungerechtigkeit des gedankenlos vererbten Schlagwortes von der „polnischen Wirtschaft“ endlich der ersehnte Wahrheitsbeweis angetreten werden können.

(„Industrie-Kurier“, Berlin, No. 5).

Polnische Kundgebungen.

Am 17. d. M. fand in Petrikau eine öffentliche Bürgertagung statt, an welcher Warschauer Mitglieder der Liga der polnischen Staatlichkeit, die Herren: Dr. R. Radziwiłłowicz, Rechtsanwalt St. Dziewulski, L. Zieliński, Redakteur Gustaw Simon, Bürgermeister Z. Chmielewski, M. Grotowski, L. Abramowicz, und zahlreiche Persönlichkeiten aus anderen Ortschaften Kongresspolens teilnahmen. Es war da der Landadel, die Industrie, die Berufsintelligenz, die Bauernschaft und der Arbeiterstand repräsentiert. Im Ganzen zählte die Tagung gegen 300 Teilnehmer.

Den Vorsitz führte der Vicebürgermeister der Stadt Warschau Herr Chmielewski. Einer Reihe von Vorträgen folgten lebhafte Diskussionen, die mit entsprechenden Resolutionen geschlossen wurden. Herr M. Grotowski besprach das Programm und die Aufgabe der Liga der polnischen Staatlichkeit, Herr Abramowicz die politischen Verhältnisse in Warschau, Dr. Radziwiłłowicz die polnischen Legionen, Herr Dziewulski das Projekt eines polnischen Instituts in der Schweiz, Herr Wróblewski aus Kalisz erwog, auf welche Weise die Unabhängigkeitsbestrebungen in nächster Zeit zu realisieren wären. In den Debatten ergriff mehrmals das Wort Oberst Sikorski, um die Entwicklung der Legionenidee während der zwei Kriegsjahre darzustellen. Anlässlich der Entschliessung betreffs der Legionen wurde dem Obersten Sikorski von den Anwesenden eine herzliche Ovation dargebracht.

Die Entschliessungen trugen einen prinzipiellen Charakter. Sie bekunden: 1) den die antirussische Front einmütig beseelenden Willen zur Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates und einer polnischen Armee, mit deren Organisierung noch während des jetzigen Krieges eine polnische Regierung betraut werden soll; 2) Ehrfurchtsgefühl für die heldenhaften Legionen, die gefördert werden müssen, als wichtiger Faktor polnischer Unabhängigkeitsbestrebungen und als notwendiger Keim der zukünftigen polnischen Armee; 3) volle Anerkennung und Vertrauen zur Militärsektion des Obersten Nationalkomitees und zu deren gegenwärtigem Chef, Ob. Sikorski; diese Institution soll nun bis Einsetzung einer polnischen Regierung von der ganzen Gesellschaft unterstützt werden; 4) den Wunsch zur Einberufung eines polnischen Landtags nach Warschau, welcher die Leitung der nationalen Angelegenheiten übernehmen würde.

Nach Schluss der Tagesordnung wurden zwei gleichlautende Telegramme entsandt; an Brigadier Piłsudski und an das Legionenkommando — mit Worten der Dankbarkeit für die opfervolle Mühe der Legionen und besten Wünschen zur weiteren Entwicklung; ferner eine Depesche an das Oberste Nationalkomitee, voll Anerkennung und Dankbarkeit für dessen Betätigung, welche die enge Annäherung der beiden Teilungsgebiete: des russischen und des österreichischen anstrebt. Der Vorsitzende schloss die Versammlung mit dem Ruf: „Es leben die Legionen!“ „Es lebe ein unabhängiges Polen!“ in welchen die Anwesenden enthusiastisch einstimmten.

* * *

In **Siedlce** hielt am 17. d. M. der berühmte polnische Schriftsteller und Warschauer Stadtverordnete Sieroszewski, einen Vortrag über Rumänien. Der grosse Saal „Lux“ konnte kaum das zahlreich zuströmende Publikum fassen. In beredten Worten erörterte Sieroszewski, dass die Anteilnahme Rumäniens an dem Kriege, keineswegs die Siegeszuversicht der Mittelmächte verringere, zu deren schleunigsten Verwirklichung die Po-

len beitragen möchten. Der Redner begründete die am 3. Septbr. von der Volksversammlung in Warschau gefasste Entschliessung, die Zentralmächte möchten die Unabhängigkeit Polens proklamieren, eine polnische Regierung und polnische Armee in's Leben rufen, die noch im Laufe dieses Krieges gegen Russland kämpfen könnte. Dieser letzte Antrag entfesselte einen wahren Sturm von Beifall.

* * *

Wien. Die politische Kommission des Polenklubs hat folgende Beschlüsse gefasst:

Anträge des Abg. Daszyński: 1) Die politische Kommission erachtet es für eine Aufgabe von grösster Tragweite mit den Repräsentanten der ungarischen Nation, sowohl mit den regierungsfreundlichen, wie auch mit den oppositionellen in enges Einvernehmen zu treten. Zweck dieses Einvernehmens ist Förderung durch die Ungarn der polnischen Frage bei den Mittelmächten und allen Faktoren, die über Errichtung eines Polenstaates entscheiden werden.

II. Ein weiterer Antrag vertraulicher Natur, wurde ebenfalls angenommen.

Anträge des Abg. Exz. Leo. I. Da ein Beschluss in der polnischen Angelegenheit, der jetzigen Situation entsprechend — nach authentischen offiziellen Aufklärungen — eine Verständigung mit dem Königreich Polen erheischt, erachtet die politische Kommission des Polenklubs als verfrüht, jetzt schon meritorische Entschliessungen in dieser Frage zu fassen und fordert den Präsidenten auf, entsprechende Schritte einzuleiten zur Erlangung von authentischen Nachrichten und Fühlungnahme mit den Repräsentanten des Königreichs Polen.

II. Um dem Polenklub und überhaupt den Polen einen ihnen gebührenden Einfluss auf den Lauf der politischen Angelegenheiten der Monarchie zu sichern, wird von der politischen Kommission die Notwendigkeit anerkannt aufs energischste die Aktion aufzunehmen: 1) Zur Einberufung des Reichsrates und des Zusammen-

trittes der Delegationen, 2) Zur Wiedererlangung der den Polen gebührenden Anteilnahme an den Staatsangelegenheiten, 3) Zur Wiedereinsetzung der Polen in verschiedenen Zentralbehörden, wo sie vor dem Krieg tätig waren.

Die Kommission vertagte darauf die Abstimmung über den Antrag Dr. Marek's, der also lautet: Die politische Kommission anerkennt: 1) dass das Ergebnis des gegenwärtigen Weltkrieges die Wiederaufrichtung eines unabhängigen polnischen Staates sein sollte; 2) Dass die Wiedererlangung der Unabhängigkeit die Aufgabe der gesamten Nation sein sollte; diejenigen polnischen Gruppen, die ihre Befreiung anstreben, möchten daher eine gemeinsame politische Vertretung schaffen, um die Leitung der nationalen Erlösung zu übernehmen.

* * *

Budapest, 23. September. Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Namens des Präsidiums der am 18. u. 19. d. in Piotrków abgehaltenen polnischen Bürgerversammlung sandte der Präsident der Versammlung Vicebürgermeister von Warschau Siegmund Chielewski ein in ungarischer Sprache abgefasstes Telegramm an den Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses, worin er dem ungarischen Abgeordnetenhause für die grossartigen Sympathiekundgebungen der ungarischen Nation, welche in Petitionen zahlreicher Komitate sowie in Aeusserungen führender ungarischer Politiker im ungarischen Abgeordnetenhause zum Ausdrucke kamen und so warme Unterstützung fanden, den Dank ausspricht.

Der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses Paul v. Beöthy erwiderte in einer in polnischer Sprache abgefassten Depesche, in welcher er unter Hinweis auf die aufrichtige gegenseitige Sympathie der polnischen und der ungarischen Nation ausführt, dass sowohl die ungarische Gesetzgebung wie auch die breitesten Schichten der ungarischen Nation zuversichtlich hoffen,

dass die vielgeprüfte polnische Nation endlich von dem Druck ihres Tyrannen, unsres gemeinsamen Feindes, befreit wird.

✱✱✱✱ Vom Büchertisch. ✱✱✱✱

R. S. Kaindl, Polen mit einem geschichtlichen Ueberblick über die polnisch-ruthenische Frage. (Aus Natur und Geisteswelt Nr. 547, Leipzig, Teubner, 1906, 109 Ss).

Nach längster Vernachlässigung ist Polen Mode geworden; in allen Literaturen der Welt regnet es von aufklärenden Schriften über seine Land und Leute, Geschichte und Politik, Kultur und Literatur. Die Schrift von Kaindl enthält viel auf knappem Raum, leider ist sie von Hass gegen Polen eingegeben; sie dient daher zur Irreführung der öffentlichen Meinung in Deutschland, nicht zur Aufklärung. Die Taktik des Verfassers ist eine höchst einfache: was für Polen spricht, wird unterdrückt, entstellt, abgeschwächt; was dagegen, wird unterstrichen, aufgebauscht, verschönert. Ich müsste ein doppelt so dickes Büchlein schreiben. wenn ich alles berücksichtigen wollte; ein paar beliebig ausgewählter Proben (auf die schlimmsten kann ich leider gar nicht eingehen!!) mögen genügen. Aus alter Zeit: S. 34 (bei der Vereidigung der Union von Lublin vergossen die Litauer Schmerzens-, die Polen Freudentränen) „So wenig verstand es Polen andere Volkselemente zu gewinnen!“ Ueber derlei Geschichts—mache kann man nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Gerade das ist Polens Stolz, dass es o h n e Verfolgung und Bedrückung andere Volkselemente stets zu gewinnen wusste; der litauische Adel sehnte sich nach der Union von Lublin, er hätte Freudenträhen zu vergiessen gehabt, die Polen nicht im geringsten, die eine ganz andere Union erwartet hatten; nur die eigensüchtigen litauischen Magnaten, denen ihr eigener Adel den Gehorsam aufzusagen drohte, weinten aus Schmerz über die Gefährdung ihrer unumschränkten Herrschaft über Adel und Volk. Wahr ist somit nur das Gegenteil von dem, was Herr Kaindl sagt. Aus neuerer Zeit: S. 54 widerlegt K. in einer besondereu Anmerkung „das Märchen, dass die österreichische Regierung die Bauern durch ausgesetzte Kopfgelder zur Ermordung der Adligen veranlasst habe“ — sehr schön, schade nur, dass Herr Kaindl mit keinem Sterbenswörtchen auch nur angedeutet hat, was die Spatzen vom Dache pfeifen, nämlich die schöne Rolle, die Herr Breindl und Cnie dabei gespielt hat — sollte ihm die Sache unbekannt sein, so verweise ich ihn z. B. auf die Schrift von Br. Łoziński. Und die ganze S. 55 ist gewidmet Wielopolski und seiner Russophilie, dabei wird absichtlich nicht einmal der Titel der Schrift, aus der zwei lange Citate gegeben werden, angeführt, damit der deutsche Leser ja nicht

ahne, dass die angebliche Russophilie des Wielopolski nur der momentane Ausbruch flammender Entrüstung über das österreichische Verbrechen war. Aus neuester Zeit: S. 91 „So unterwühlt fanden die Russen Galizien, verräterische Handlungen die unseren Armeen unendlichen Schaden brachten, waren die fluchwürdigen Folgen. Das schändliche Treiben der Russophilen und ihrer Presse ist noch in aller Erinnerung“. Wiederum sehr schön und leider auch sehr wahr — nur ist dabei wieder ein Haken, denn in dem ganzen vorausgegangenen Absatze ist nur von der — polnischen Presse die Rede, es werden nur russophile Aeusserungen aus den polnischen Gazeta Narodowa und Słowo Polskie (das der Verfasser merkwürdiger Weise immer Polski schreibt!) mitgeteilt, sodass in einem deutschen Leser naturnotwendig die Anschauung auftauchen muss, diese russophile Presse und diese russophilen Verrätereien wären auf dasselbe polnische Konto zu setzen!! Es hätte doch nichts geschadet, wenn Herr Kaindl nur ein Wörtchen hinzugefügt hätte, dass diese „Verrätereien an dem österreichischen Heere“ nur von seinen ihm so am Herzen gelegenen Ruthenen ausgegangen sind. Diese drei Pröbchen, die beliebig vermehrt werden könnten, sollen genügen. Nur noch eine Bemerkung. Das sonst ausgezeichnete Gedächtnis des Herrn Kaindl setzt an gewissen Punkten (an entscheidenden natürlich!) plötzlich aus, so z. B. habe ich jedes Wörtchen von einer Enteignungsvorlage vermisst und doch wird S. 96 die Schrift von R. Dmowski, die von ihr förmlich ausgeht, ausführlich erörtert (nur wird dabei ganz willkürlich Herrn Dmowski die „Begründung des Neoslavismus“ zugesprochen). S. 61 möchte Herr Kaindl „den Fall Wreschen nach demselben Massstab beurteilen, wie die allgemeine Unterdrückung der deutschen Schuljugend und der deutschen Katholiken durch polnische Geistlichkeit und Lehrer in Galizien“ — risum teneatis amici. Auf derselben Seite wie auch sonst im ganzen Büchlein wird die alte Adelsherrschaft verdammt; schön und richtig, es wird nur verschwiegen, dass sie der Vergangenheit für immer angehörte, dass der organische Gesundungsprozess des Landes gewaltsam durch andere unterbrochen wurde. Und so weiter.

Mit anderen Worten: die Polen verlangen von niemand, der über sie schreibt, dass er sie liebe; die Polen verlangen nur von jedem, der über sie schreibt, Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit, Herr Kaindl!

A. Brückner.

NOTIZEN.

Das Ableben von drei polnischen Politikern. In Petersburg verschied Dr. Zygmunt Balicki, einer der Hauptführer der nationaldemokratischen Partei. Geb. im J. 1859 in Lublin, war Balicki in seiner Jugend Sozialist, in den neunziger Jahren mit Roman Dmowski

Schöpfer der nationalistischen Bewegung und ihr Haupttheoretiker. Grundlegend für diese Richtung ist sein Werk: „Der nationale Egoismus“. Balicki ist auch Verfasser mehrerer soziologischer Werke und redigierte vor der Evakuierung Warschaus die nationalistische Monatsschrift „Przegląd Narodowy“.

Zu gleicher Zeit starb in Petersburg der gew. Dumaabgeordnete Władysław Żukowski. Ein sehr begabter Finanzmann und hervorragender Redner (geb. 1860), war er in der Duma Verteidiger der finanziellen Rechte und Interessen Kongresspolens; wegen seiner politischen Haltung verlor er aber das Vertrauen seiner Wähler vom Petrikauer Wahlbezirke zugunsten des letzgewählten Abgeordneten Łempicki. Während der Botschafterzeit Delcassés in Petersburg, war Żukowski sein Vertrauensmann und hat viel zur polnisch-französischen Annäherung beigetragen. In den letzten Wochen wurde er in Russland öfters als Nachfolger des Finanzministers Bark genannt.

Einen ganz anderen Typus stellte Alexander Sulkiewicz dar. Nachkomme einer derjenigen Tatarenfamilie, die in Litauen verblieben und sich die polnische Kultur vollkommen angeeignet haben, bis zuletzt mohamedanischen Bekenntnisses, war er eifriger polnischer Patriot, Vorkämpfer der Befreiung Polens und der Arbeiterklasse. Schon als junger Beamte in Petersburg hat er dieser Sache, als Freund Piłsudski's, grosse Dienste geleistet. Seit 1905 in Galizien ansässig, hat er ohne Unterlass Agitationsreisen nach Polen und Rusland unternommen, um für die Jungschützen — nachher Legionenbewegung — Propaganda zu machen, wobei er immer sein Leben auf's Spiel setzte. Vor fünf Vierteljahren hat er sich ebenfalls durch die russische Front durchgeschlichen nach Warschau, mehrere russische Städte bereist und ist auf einem Segelboot von Finnland über Schweden zurückgekehrt. Damals hat er sich auch in Berlin aufgehalten und u. a. Herrn Dr. Paul Rohrbach seine Eindrücke aus Russland mitgeteilt. Seine glühende Vaterlandsliebe und sein Tatendrang trieben ihn jetzt als gewöhnlichen Liniensoldaten in einen Schützengraben der Polnischen Legion, wo ihn am 18. September eine russische Kugel ereilte.

Ein deutsches Lehrerseminar in Łódż. In Anwesenheit des Polizeipräsidenten Dr. Lehrs und des Schulrates Sakobielsky fand vor wenigen Tagen nach 2-jährigem Stillstand die Eröffnung des deutschen Lehrerseminars in Łódż statt. Es meldeten sich 70 Kandidaten, von denen einen Teil ehemalige Zöglinge der Anstalt bilden.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.